

Erbbauerecht – Ausschuss berät im Januar

Landtagsabgeordnete setzen auf interfraktionellen Antrag – Verwunderung über Vorgehen der Klosterkammer

Von Katja Kersting

VORSFELDE. Auf Verwunderung sind bei der Politik die Schreiben der Klosterkammer zum Thema Anpassung des Erbbauzinses gestoßen (WN berichteten). Darin droht die Kammer wie berichtet mit rechtlichen Schritten, sollten die Erbbauzinsnehmer nicht bis Mitte Januar zahlen. In ihrem Schreiben beriefen sich die Verantwortlichen darauf, dass die parlamentarische Behandlung abgeschlossen sei.

Das sei so nicht richtig, bestätigen die Landtagsabgeordneten Angelika Jahns (CDU) und Frauke Heiligenstadt (SPD). Die Abgeordnete aus Northheim hatte das Thema Erbbauerecht im Parlament angestoßen. „Unser Antrag wurde an den Haushaltsausschuss überwiesen, da Entscheidungen finanzielle Folgen haben könnten“, sagte Jahns den WN.

Und dieser Ausschuss befasse sich im Januar mit dem Thema Erbbau, um dann zu entscheiden, welche Gruppen wann zu dem Thema noch angehört werden sollen, um danach weiter über den Antrag zu entscheiden, sagte die SPD-Abgeordnete.

„Wir begrüßen das sehr, haben wir uns als Fraktion doch auch schon mit den Beteiligten getroffen, das kann der Sache nur dienlich sein.“ Zudem schicke die Fraktion

in diesen Tagen noch einen Brief an den Landtagspräsidenten und die Präsidentin der Klosterkammer, mit der Bitte, die Erhöhung zunächst auszusetzen. „Die Kammer hätte wenigstens die Beratungen im Landtag abwarten können. Es verwundert mich sehr, dass sie nun zur Tagesordnung übergeht, und die Beratungen und den Antrag, der sich ja schließlich noch mitten in der Beratung befindet, ignoriert.“

Auch Angelika Jahns hält das Gespräch mit weiteren Beteiligten wie Finanzministerium, Klosterkammer

oder Mieterbund für sinnvoll: „Wichtig ist, dass wir verschiedene Seiten hören. Ich hoffe, dass wir Verbesserungen hinbekommen, kann es aber nicht versprechen. Ein interfraktioneller Antrag wäre mein Ziel“, sagt sie. Zudem müsse geschaut werden, wie der Bund auf die dort anhängigen Petitionen reagiere.

Auf eine Annäherung der Beteiligten setzt Frauke Heiligenstadt. „Die Ausgestaltung der Gesetze ist flexibel möglich, die Stadt Wolfsburg macht es ja vor, da werden auch soziale Aspekte beachtet. Die Kloster-

kammer aber nutzt ihre Monopolstellung aus. Es wäre prima, sie weiche von der starren Haltung ab“, sagt sie. Und auch das Land habe eine Handhabe, denn schließlich führe die Kammer Erlöse an das Land ab, daran könne man auch drehen.

Und auch Oliver Neuber von der Interessengemeinschaft Erbbau ist weiter aktiv. Zu Jahresbeginn will er sich mit Landtagsabgeordneten der anderen Fraktionen treffen, um sie zu bitten, den SPD-Antrag zu unterstützen. Auch Treffen mit Bundestagsabgeordneten sind geplant.



Rund um den Merseburger Ring in Vorsfelde haben viele Bürger auf Erbbaugrundstücken gebaut.

Foto: regios24/